

Schleswig-Holsteinischer Landkreistag · Reventlouallee 6 · 24105 Kiel

Wirtschaftsausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Vorsitzenden Dr. Andreas Tietze
per Mail: wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/6774

Ansprechpartner
SHLKT: Carsten Schreiber StV: Peter Krey
Durchwahl
SHLKT: 0431.57005025 StV: 0431.57005066
Aktenzeichen
SHLKT: 621.63 StV: 80.00.10

Kiel, den 30.11.2021

Stellungnahme zum Bericht der Landesregierung „Ansiedlungsstrategie Schleswig-Holstein“ Drucksache 19/3234

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu dem Bericht der Landesregierung „Ansiedlungsstrategie Schleswig-Holstein“ Stellung nehmen zu dürfen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich das Land auf den Weg gemacht hat, mit Hilfe gutachterlicher Untersuchungen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein zu erheben, sie ins Verhältnis zu anderen Regionen innerhalb und außerhalb Deutschlands zu setzen, um auf dieser Grundlage eine Potenzialanalyse durchzuführen und darauf aufbauend Handlungsfelder und Maßnahmen zu beschreiben. Gutachterliche Untersuchungen mit einer vergleichbaren Zielsetzung wurden und werden in Schleswig-Holstein vielerorts auch von kommunaler Seite beauftragt, um die jeweiligen regionalen Gegebenheiten vertiefter in den Blick nehmen und die sich daraus ergebenden regionalen Möglichkeiten ableiten zu können.

Wir begrüßen außerdem, dass das Land die Einsetzung einer „Taskforce“ erwägt.

Demgegenüber greifen die Ausführungen zur Bereitstellung von Gewerbeflächen aus kommunaler Sicht zu kurz. Die Verfügbarkeit attraktiver, verkehrsgünstig gelegener Gewerbeflächen stellt eine der zentralen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ansiedlungsstrategie dar. Wie der Bericht zutreffend feststellt, übersteigt die Nachfrage nach Gewerbeflächen vielerorts das Angebot. Bedauerlicherweise lässt die Ansiedlungsstrategie gerade in dieser zentralen Frage geeignete Lösungsansätze vermissen. Stattdessen verweist sie auf die Verantwortung der Kommunen für ein verbessertes Flächenmanagement, blendet dabei allerdings aus, dass der kommunalen Ebene trotz erheblicher Bemühungen, neue Gewerbegebiete auszuweisen, unter verschiedenen Gesichtspunkten Grenzen gesetzt sind – etwa durch private Flächeneigentümer oder landesplanerische Vorgaben. Einen Ausweg aus dem Dilemma der erforderlichen Bereitstellung neuer Gewerbeflächen auf der einen Seite und dem 1,3-Hektar-Flächensparziel auf der anderen Seite zeigt die Strategie nicht auf.

Für weitere Hinweise, insbesondere mit regionalem Bezug, verweisen wir ergänzend auf die Ausführungen in den dem Ausschuss separat übersandten Stellungnahmen der Entwicklungsgesellschaft Ostholstein und der Wirtschaftsförderung Lübeck sowie auf die anliegenden Stellungnahmen der Landeshauptstadt Kiel und des Kreises Stormarn.

Mit freundlichen Grüßen



Carsten Schreiber
Stv. Geschäftsführer



Peter Krey
Dezernent

Referat für Wirtschaft der Landeshauptstadt Kiel

Jörn Genoux

Fleethörn 9

24103 Kiel

Tel.: 0431/901-3075

joern.genoux@kiel.de

Stellungnahme zur Ansiedlungsstrategie SH

Zu folgenden Punkten der Ansiedlungsstrategie (Drs. 19/3234) nehmen wir Stellung

Fokusbranchen

Bahntechnik:

Aus Kieler Sicht ist die **Analyse der Angebotsseite**/SWOT Analyse der Branchen in Bezug auf die Bahnindustrie unbefriedigend. Das Referat für Wirtschaft der Landeshauptstadt Kiel hat den Eindruck, dass die Chancen im Themenverbund mit z.B. Erneuerbare Energien/Wasserstoff als neue Antriebstechnologie zu gering berücksichtigt wurden. Da der Ausbau des Gewerbegebietes Kiel-Friedrichsort (StrandOrt) zu einem Standort mit Fokus auf diese Branche geplant ist, könnte das in absehbarer Zeit auch positive Folgen für die Ansiedlungsdynamik haben.

Die Analyse der Nachfrageseite ist sehr stark vergangenheitsorientiert (Investitionen und zurückliegende Ansiedlungen). Aus Kieler Sicht wäre eine stärkere Betonung und Berücksichtigung von Zukunftsthemen und Trends wie Ökologischer Nachhaltigkeit und Mobilitätswende unter besonderer Betrachtung einer Verbesserung des Schienenverkehrs wünschenswert.

Die vergleichsweise schlechte Beurteilung der Potenziale von Maritimer Wirtschaft und Bahntechnik auf Seite 18 im Diagramm sehen wir ebenfalls kritisch. Zumindest bedarf diese Einstufung einer näheren Erläuterung. So ist sie für uns nicht nachzuvollziehen.

IKT/Digitale Wirtschaft:

Diese 1 Priorisierung ist aus Kieler Sicht folgerichtig. Die Ansiedlungsstrategie lässt jedoch offen, mit welchen konkreten Mitteln Ansiedlungen zukünftig gefördert werden. Neben dem genannten verbesserten Standortmarketing sind möglicherweise finanzielle Fördermaßnahmen beabsichtigt, die bei den derzeit gesetzten Schwerpunkten einen Standortnachteil für Kiel bedeuten können.

Gesundheitswirtschaft:

Die 1. Priorisierung ist angesichts der in Kiel vorhandenen Struktur richtig. Das Thema wird künftig auch durch die KielRegion GmbH stärker strategisch verfolgt.

Verkehrsinfrastruktur

Die Einlassungen zur Anbindung an die Metropolregion Hamburg fokussieren den Straßenverkehr. Der schienengebundene Güter- und Personennahverkehr sowie sein Ausbau treten in den Hintergrund. In Anbetracht der geplanten Verkehrswende und des im Konzept auch aufgegriffenen Megatrends „Nachhaltigkeit“ irritiert dieser Fokus. Eine Bekräftigung der geplanten Verbesserung von Pünktlichkeit und Verlässlichkeit des Schienenverkehrs in den Süden u.a. gemäß Landesnahverkehrsplan wäre aus Kieler Sicht wünschenswert.

Maßnahmen der Ansiedlungsstrategie

Die vorgeschlagene proaktive Vermarktung der Region für Wasserstofftechnologie ist sinnvoll und hat viel Potenzial. Die angestrebte Mitgliedschaft Kiels im nordeuropäischen Netzwerk STRING könnte zu weiteren Synergieeffekten führen.

Hinweis auf Seite 29 zur Priorisierung: „Die Einteilung darf keinesfalls dazu führen, dass dadurch Entwicklungspotenziale, die bei der Erarbeitung dieser Ansiedlungsstrategie nicht vorhersehbar waren, vernachlässigt werden.“ ist aus Kieler Sicht insbesondere im Hinblick auf die o.g. Hinweise zu den Fokusbranchen wichtig.

Zusammenarbeit KiWi und WTSH

Das Papier suggeriert, dass die WTSH schon eng mit regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften zusammenarbeitet. Aus Kieler Sicht ist hier noch deutliches Potenzial für mehr Abstimmung und Durchlässigkeit, bspw. im Hinblick auf die internationale Ansprache oder Aktivitäten zur Zusammenbringung von Start-ups und KMU im Ansiedlungskontext.

Die Landeshauptstadt Kiel unterstützt ausdrücklich die vorgeschlagene Task Force Ansiedlung.



Stellungnahme des Kreises Stormarn zur Ansiedlungsstrategie Schleswig-Holstein

(Drucksache 19/3234 des SH Landtages vom 21.08.2021)

Der Wirtschaftsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat den Kreisen über die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände die Möglichkeit gegeben, zum Bericht der Landesregierung „Ansiedlungsstrategie Schleswig-Holstein“ Stellung zu nehmen. Zu dieser Strategie sind aus Sicht des Kreises Stormarn und der Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH (WAS) folgende Anmerkungen vorzubringen:

Vorbemerkung

Die Erarbeitung einer umfassenden Ansiedlungsstrategie für das Land Schleswig-Holstein ist unter Einbezug der wichtigsten ökonomischen Rahmenbedingungen und erkennbaren Entwicklungstendenzen sinnvoll und von grundsätzlicher Bedeutung auch für den Kreis Stormarn. Voraussetzung ist dabei, dass die besonderen regionalwirtschaftlichen Strukturen des Kreises entsprechend seiner Funktion und Bedeutung für die Landesentwicklung berücksichtigt werden.

Kreis Stormarn

Der Kreis Stormarn ist als wirtschaftsstarker Kreis mit seiner Lage an der Siedlungs- und Entwicklungsachse A 1 Hamburg–Lübeck und der zweigleisigen Schienenstrecke Hamburg–Lübeck geprägt durch eine anhaltende große Nachfrage nach Gewerbeflächen. Bei rd. 120.000 Erwerbstätigen und einer Arbeitslosenquote unter 4 % gibt es eine hohe Zahl an Aus- und Einpendlern von und nach Hamburg und auch innerhalb des Kreises. Neben einem qualifiziertem Arbeitsmarkt und einer hohen Wohn-, Einkaufs- und Freizeitqualität sind als wirtschaftliche Grundlage insbesondere eine ausreichende Gewerbeflächenverfügbarkeit und eine gute regionale Verkehrsinfrastruktur (Straße und Schiene) anzusehen. Die Stärkung und Weiterentwicklung dieser wirtschaftlichen Basisfaktoren ist in Stormarn bedeutsame Zielsetzung für die Kreisentwicklung.

Die in der Ansiedlungsstrategie in Kap. 3.1 „Analyse der Rahmenbedingungen“ dargestellte Situation, dass „in den stark nachgefragten Lagen um Hamburg (...) das Angebot von Industrie- und Gewerbegebieten zum Teil nicht die Nachfrage (deckt)“, kann aus Sicht des Kreises und der WAS bestätigt werden (vgl. S. 6 vorletzter Spiegelstrich). Es besteht ein großer Bedarf an Flächenneuausweisungen im Kreisgebiet.

Im Kreisgebiet ist in den zentralen Orten und weiteren Standorten eine vielfältige Branchenstruktur mit Betrieben der verschiedensten Größenordnung und Spezialisierung ansässig. Gleichwohl erscheint die in der Ansiedlungsstrategie benannte und an der Landesentwicklungsachse A 1 vorgeschlagene Bildung bzw. Weiterentwicklung eines Clusters der Ernährungs- und Gesundheitswirtschaft nachvollziehbar.

Fachgutachten zur Gewerbe- und Siedlungsflächenentwicklung im Kreis Stormarn

Für das Kreisgebiet liegen eine Reihe an aktuellen Fachgutachten zur Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung des Kreises vor, die unter Mitwirkung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden erarbeitet wurden. Dazu zählen u.a.:



- Anpassungsstrategie für den Siedlungs- und Wohnungsbau im demographischen Wandel im Kreis Stormarn, Abschlussbericht, 2014/2015
- Kleinräumige Bevölkerungs- und Haushaltsprognose für die Kommunen des Kreises Stormarn, 1. Fortschreibung, 2017
- GEFIS-Monitoring-Berichte der Metropolregion Hamburg, 2020/2021
- Gewerbeflächenbedarfsprognose im Rahmen des Regionalmanagements im HanseBelt, Abschlussbericht, 2019
- Leitfaden Fortschreibung und Aktualisierung des Gewerbeflächenleitfadens des Regionalmanagements im HanseBelt, 2021
- Gewerbeflächenstandortkonzept 2035 der Kreise Herzogtum Lauenburg und Stormarn, Abschlussbericht, 2021

Auf Basis dieser Studien und Gutachten wäre es möglich – wie es auch die Ansiedlungsstrategie des Landes vorsieht – attraktive, verkehrsgünstig gelegene Gewerbeflächen als zentralem Standortfaktor auch zukünftig bereitzustellen. Hierzu ist es aber grundsätzlich erforderlich, seitens der Landes- und Regionalplanung die Darstellungen und Zielvorgaben im Rahmen der laufenden Neuaufstellung des Regionalplanes III entsprechend auszurichten. Aus Kreissicht bestehen folgende Anforderungen:

- Akzeptanz des gutachterlich nachgewiesenen Gewerbeflächenbedarfs und unterstützende Begleitung der daraus abgeleiteten kommunalen Bauleitplanungen für die Gewerbeflächenentwicklung und –erschließung;
- Ermöglichung kurz- und mittelfristiger Gewerbeflächenausweisungen durch die Regionalplanung – insbesondere auch im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes III durch Anpassung und Veränderung der Siedlungsachsen und besonderen Siedlungsräume;
- Sicherstellung der Ausweisung von Standorten für Gewerbegebiete von überregionaler Bedeutung an den Landesentwicklungsachsen insbesondere im hamburgnahen Bereich (u.a. am Standort Hammoor);
- Kooperation mit Hamburg zur Abdeckung des Nachfragedruckes mit Unterstützung der Landesplanung (vgl. u.a. interkommunales Gewerbegebiet Stapelfeld/Wandsbek);
- Anerkennung der besonderen regionalwirtschaftlichen Strukturen im Hamburger Umland und daraufhin abgestimmtes proaktives Handeln der Landesplanungsbehörde

Parallel zur erforderlichen Stärkung der harten Standortfaktoren (u.a. Flächenangebot, Verkehrsinfrastruktur) ist der Erhalt von vielfältigen und funktionsfähigen Natur- und Landschaftsräumen auch mit dem Ziel der Sicherung von weichen Standortfaktoren als Basis günstiger Voraussetzungen für die notwendige Gewinnung von Fachkräften anzusprechen. Auch der Ausbau eines breiten Kulturangebotes als weicher Standortfaktor ist nicht zu vernachlässigen.

Fazit

Zusammenfassend enthält die Ansiedlungsstrategie nachvollziehbare Ansätze zur Stärkung und Weiterentwicklung der regionalen Wirtschaftsstrukturen. Notwendig ist begleitend eine umfassende Unterstützung mit einer Anpassung der regionalplanerischen Zielvorgaben durch die Landesplanung.

Bad Oldesloe, 17.11.2021